

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Wirtschaftshilfe als Konfliktstoff?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Wirtschaftshilfe als Konfliktstoff?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 8, pp. 430-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132323>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

bilanz stark genug ist, einer Verstärkung des jahreszeitlich bedingten Drucks auf das Pfund durch politische Momente Stand zu halten. Die jüngste Schwäche des Sterlingkurses mag sich schon bald lediglich als Vorwegnahme der normalen jahreszeitlichen Bewegung erweisen.

Aber auch wenn die wirtschaftlichen Nachteile einer Vertiefung und Verlängerung der Suez-Krise schwerer ins Gewicht fielen, so



### Wo fehlt eine?

Wir liefern alle Marken gegen bequeme Monatsraten, Anzahlung schon ab 4,-. Postkarte genügt und Sie erhalten kostenlos unsere großen Schreibmaschinen-Ratgeber Nr. 573 G

**NOTHEL+CO-Göttingen**

bliebe es doch die feste Meinung der britischen Finanz- und Geschäftswelt, daß sie im Interesse der Behauptung von Englands vitalen politischen Interessen im Nahen Osten und einer dauernden Bereinigung der Nahost-Lage in Kauf zu nehmen sind. (A.)

## Wirtschaftshilfe als Konfliktstoff?

Mag sein, daß die Drohungen des Atomkrieges dazu beitragen werden, eine friedliche Bereinigung des Suez-Problems zu empfehlen. Man kann sich aber des unguten Gefühls nicht erwehren, daß wir alle auf einem Vulkan tanzen. Ob der Präsident der USA Sondervollmachten erhalten wird oder nicht, ob der Kreml zu einer Lokalisierung des Konflikts neigt, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Wenn ein solcher Konflikt einmal kriegerische Formen angenommen hat, ist wohl nur schwer an eine Lokalisierung zu glauben. In dieser Hinsicht ist der Korea-Konflikt mit dem Suez-Konflikt nicht vergleichbar. Und es wäre töricht, sich auf dieses Exempel zu verlassen.

Wenn auch die strategische Bedeutung des Kanals heute nicht mehr die gleiche Rolle spielt wie in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, so liegt er doch in einer weltpolitisch sehr kritischen Zone. Der Kampf um ihn wird sich sicher nicht auf die Verteidigung der verkehrswirtschaftlichen Interessen beschränken, sondern er wird sich zu einer Prestigefrage ausweiten, die unabsehbar ist, da sowohl die arabische Staatengemeinschaft wie der mit ihr ideologisch verbundene südostasiatische Komplex sich in ihren imperialistischen Ressentiments schwer getroffen fühlen. Prestigefragen sind immer gefährlich, wenn sie an die Empfindlichkeit junger Nationalstaaten herangreifen.

Es dürfte nicht ganz ohne Ironie sein, daß das auslösende Moment für das Vorgehen Nassers gerade die Ablehnung einer wirtschaftlichen Hilfeleistung darstellt, die für die Entwicklung Ägyptens als lebensnotwendig angesehen werden muß, während die beiden großen Machtblöcke sich bisher in Hilfsangeboten für die unterentwickelten Gebiete doch geradezu überboten haben. Unter diesem Aspekt dürften die Vorfälle eine außerordentliche Stärkung der Haltung Nehrus bedeuten, was von den west-östlichen Gegenspielern sicher nicht gerade beabsichtigt war. Die Behauptung von der Uneigennützigkeit angebotener Hilfe ist jedenfalls dadurch nicht gerade unter Beweis gestellt worden. Sollte man nicht diesen Anlaß benutzen, um die ganze uneigennützige Hilfspolitik zur wirtschaftlichen Erschließung der Welt zu revidieren, um zu vermeiden, daß solche Hilfe die Menschheit nicht wieder in neue Konflikte verwickelt und sie in Angst und Schrecken jagt? (sk)

## Zur Debatte steht: Währungsstabilität und Unabhängigkeit der Notenbank

Das heißt, wir hoffen, daß diese Fragen nun nicht mehr zur Debatte stehen, nachdem der Präsident der BdL, Dr. Wilhelm Vocke, am 11. August anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Vereinsbank in Hamburg in seiner knappen, klugen Art so eindeutig dazu Stellung bezogen hat:

*„Die Währung ist stabil, sie wird stabil erhalten werden, aufgewertet wird sie bestimmt nicht“ . . . „Dazu gehört als wesentliche Bedingung die Unabhängigkeit der Notenbank, so wie sie heute durch ein vom Bund selbst erlassenes Gesetz besteht. Daran darf nicht gerüttelt werden, und sie darf weder abgebrockelt noch erweicht, noch unterhöhlt werden“.*

Es darf nicht wunder nehmen, wenn wir uns im Zusammenhang mit dieser Erklärung, die gleichzeitig eine Rechtfertigung der von der BdL ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung darstellte, an die Jahresversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Frühjahr erinnern, auf der diese Maßnahmen zur Kritik gestellt worden waren. Es scheint sich in letzter

Zeit einzubürgern, daß Traditionsveranstaltungen privater Institutionen und Organisationen von verantwortlichen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik gern dazu benutzt werden, um definitive Erklärungen über die von ihnen verfolgte politische oder wirtschaftspolitische Linie abzugeben, wie sie sie in einer solchen Eindeutigkeit und Prägnanz vor einem offiziellen Gremium schon aus taktischen Gründen schwerlich abgeben könnten. Dieser Brauch mag verschieden beurteilt werden. Einmal dient er zweifellos dazu, die betreffende Veranstaltung über den Rahmen ihres traditionsgebundenen Ablaufs hinauszuheben und sie zu einem Markstein in der Einförmigkeit unseres gesellschaftlichen Lebens zu machen, was sicher ebenso von den Veranstaltern wie auch von den Teilnehmern begrüßt wird. Andererseits liegt in einer solchen von einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens vor einem sachkundigen Hörerkreis abgegebenen Erklärung eine Verpflichtung, die eingehalten werden muß.

Die Möglichkeiten konjunkturpolitischer Maßnahmen sind vielfältig. Die Relativität des konjunkturpolitischen Vorgehens, die die verschiedenen Ansatzpunkte und möglichen Stoßrichtungen in sich schließt, wird am besten durch einen festen und unerschütterlichen Punkt begrenzt: die Stabilität der Währung. Wenn man meßbare Ergebnisse haben will, kann man auch in der Mathematik nicht nur mit Unbekannten rechnen. Die Stabilität der Währung, wie sie von der BdL gefordert wird, bezieht sich naturgemäß in erster Linie auf die internationale Relation zu anderen Währungen. Es ist Aufgabe der variablen innenpolitischen Konjunkturmaßnahmen, dieser internationalen Stabilität der Währung die innerwirtschaftlichen Kaufkraftverhältnisse anzupassen. Es ist allgemein bekannt, daß es leichter ist, innerwirtschaftliche und innersoziale Diskrepanzen durch Auf- oder Abwertung der Währung auszugleichen, als zweckentsprechende konjunkturpolitische Maßnahmen auf dem Gebiet der Binnenwirtschaft zu

treffen, die der massiven Kritik aller Interessenten ausgesetzt sind. Aber alle auf dem Gebiet der internationalen Währungsrelation getroffenen Veränderungen haben nur vorübergehenden Erfolg, nämlich solange, bis die Abwehrmaßnahmen der Handelspartner zum Tragen kommen, die unserem Einfluß entzogen sind.

Andererseits muß man allerdings der wirtschafts- und konjunkturwissenschaftlichen Forschung, die das Mißfallen des Präsidenten ausgelöst hat, zugestehen, daß sie im Katalog ihrer Ratschläge die Alternativen aufzeigt. Die Alternative einer Verschiebung des internationalen Währungswertes sollte allerdings von den Politikern eher als eine Warnung denn als ein Vademecum angesehen werden; denn die Beurteilung des psychologischen Effekts ist allerdings Angelegenheit des Konjunktur- und Wirtschaftspolitikers.

Der verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitiker wird die eindeutige Erklärung des Präsidenten der BdL aufrichtig begrüßen, und sie wird auch im Ausland ihre psychologische Wirkung nicht verfehlen. Wenn auch die Aufwertung der deutschen Währung ein wirkungsvolles Mittel darstellen könnte, um die vorübergehend allzu starken Verflüssigungstendenzen auf dem inneren Geldmarkt zu unterbinden, so muß man zugeben, daß es sich dabei um ein recht unangemessenes Mittel gehandelt hätte, weil die Auswirkungen auf strukturelle Verschiebungen in unserem Wirtschaftsgefüge nicht abzusehen gewesen wären.

Wie die innenpolitischen Diskussionen in den letzten Monaten gezeigt haben, steht aber die Frage um zweckentsprechende und auch unpopuläre Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Währungsstabilität in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage um die Unabhängigkeit der Notenbank. Die klare Forderung des Präsidenten der BdL sollte allen Politikern als Warnung dienen, die mit dem Gedanken spielen, sich die Zentralbank als ein bequemes Instrument zur Erreichung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Wünsche gefügig zu machen. Es kann nur der Stabilität der ganzen Wirtschaft dienen, wenn im Gewoge der parlamentarischen Meinungen eine wesentliche Wirtschaftsgröße, wie sie die Währung darstellt, der Kompromißbereitschaft entzogen bleibt. (h)

## Mitteilung

### über die Einlösung der Prämien-Schatzanweisungen der Bundesrepublik Deutschland von 1951 (Baby-Bonds)

Die Prämien-Schatzanweisungen der Bundesrepublik Deutschland von 1951 über je DM 10.— werden in der Zeit vom 1. September 1956 bis zum 31. August 1961 dem Inhaber zum Nennwert eingelöst.

Die Einlösung erfolgt durch die Bundesschuldenverwaltung — Bundesschuldenkasse — in Bad Homburg v. d. H., durch alle Landeszentralbanken und ihre Zweiganstalten sowie durch die Berliner Zentralbank in Berlin spesenfrei gegen Einreichung der Prämien-Schatzanweisungen. In der Zeit vom 1. September bis zum 31. Dezember 1956 kann die Einlösung auch durch alle Kreditinstitute im Bundesgebiet und in West-Berlin spesenfrei vorgenommen werden.

Es liegt im Interesse der Inhaber der Prämien-Schatzanweisungen, von den ab 1. September 1956 bestehenden Einlösungsmöglichkeiten alsbald Gebrauch zu machen.

Der Anspruch auf Zahlung des Einlösungsbetrages erlischt mit Ablauf des 31. August 1961.

Bad Homburg v. d. H., den 17. August 1956

**Bundesschuldenverwaltung**

## Das Projekt der Elbstaustufe Geesthacht

Durch zwei fast gleichzeitig, aber dennoch unabhängig voneinander erhobene Einwände gegen die Errichtung bzw. Planung einer Elbstaustufe bei Geesthacht ist dieses bereits vor über einem halben Jahr begonnene größte norddeutsche Bauvorhaben in allerjüngster Zeit wieder in das Blickfeld des allgemeinen Interesses gerückt. Einmal haben ostzonale Stellen in dem SED-Organ „Neues Deutschland“ gegen die angeblich einseitigen Pläne der Bundesrepublik zur Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse der Elbe Stellung genommen, die die Interessen der DDR größtenteils mißachten sollen. Dieselben Stellen haben gleichzeitig angedroht, eine nur ihren eigenen Interessen und denen der übrigen Volksdemokratien genehme Elberegulierung in die Wege zu leiten, die sicherlich dem Unterelbeverkehr und dem Hafen Hamburg zum Nachteil gereichen dürfte. — Fast zum selben Zeitpunkt, aber ohne inneren Zu-

sammenhang mit dem nur politisch zu wertenden Protest der DDR hat der Binnenschiffahrtsverband Elbe e. V. in Hamburg Bedenken gegen Einzelheiten der Bauplanung angemeldet. Diese beziehen sich aber nur auf den zunächst zurückgestellten Ausbau des für dringend erforderlich gehaltenen zweiten Schleusenbeckens. Der Verband glaubt, diese Bedenken mit den zu erwartenden Verkehrsschwierigkeiten im Falle des Ausfalls des bisher nur geplanten einzigen Schleusenbeckens begründen zu können.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, sich noch einmal die Vorgeschichte, die Ziele und baulichen Einzelheiten dieses großen wasserwirtschaftlichen Projekts vor Augen zu führen. Seitdem in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts der wirtschaftliche Aufschwung des Deutschen Reiches immer größere Anforderungen an den Seehafen Hamburg gestellt hat, sind von der

Hansestadt Hamburg zunächst umfangreiche Ausbauarbeiten an der Unterelbe durchgeführt worden. Die schnelle Entwicklung der Seeschifffahrt machte nämlich vor allem die Gewährleistung eines sicheren Zugangs für Seeschiffe nach Hamburg und Harburg nötig. Das Ziel der wasserbaulichen Arbeiten jener Jahre wurde in den Zusatzverträgen zum Staatsvertrag betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich im Jahre 1921 mit der Sicherstellung eines mittleren Niedrigwassers oberhalb Cuxhavens von 10 m und unterhalb Cuxhavens von 11 m festgelegt. Dieses Ziel ist heute praktisch überall erreicht.

Diese wasserbaulichen Arbeiten im Unterlauf der Elbe konnten natürlich nicht ohne Auswirkungen auf den Oberlauf des Stromes bleiben. Die Tidewelle wurde verstärkt und ihr Eindringungsbereich weit stromauf verlegt. Die Folge war ein erhebliches Absinken der Wasserstände in jenen Gebieten, die ihrerseits Baumaßnahmen auf der oberhalb Hamburgs gelegenen Stromstrecke erforderlich machten. Das Ziel dieser Arbeiten war es, dem Regelschiff der Elbe mit 700 t Tragfähigkeit bei einer 75 %igen Ausnutzung des Laderaums — d. h. also etwa 500 t — die Möglichkeit zu schaffen, das ganze Jahr auf der Elbe verkehren zu können. Infolge mangelnder Geldmittel sind diese Arbeiten aber nur sehr schleppend durchgeführt worden. Alle diese Bauarbeiten nun haben die Erosion im Mittel- und Oberlauf der Elbe ständig begünstigt. Die Folgen waren erhebliche Wasserstandsänderungen mit mannigfachen Auswirkungen. Diese waren auf der Stromstrecke bis Geesthacht nicht so schwerwiegend, weil auf dieser Strecke das Tidehochwasser im großen und ganzen dieselbe Höhenlage gehalten hat und das Grundwasser deshalb nicht merklich abgesunken ist. Oberhalb Geesthacht sank aber das Grundwasser erheblich ab, so daß in sehr trockenen Jahreszeiten Entschäden die Folge waren.

Auch die Binnenschifffahrt hatte mit diesen wasserwirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, da nur bis Geesthacht eine Tauchtiefe von 2 m praktisch dauernd vorhanden ist, oberhalb dieses Punktes aber die Wasserstände sich erheblich verringern. Vor allem wird auch der Eingang zum Elb-Trave-Kanal mit seiner Schleuse in Lauenburg durch diese Tatsache sehr behin-

dert, so daß der Verkehr teilweise ganz zum Erliegen gekommen ist. Diese Probleme im mittleren und oberen Stromgebiet, die sich durch einen weiteren Ausbau des Unterlaufes nur noch verstärken dürften, machten jetzt endlich auch Ausbauarbeiten zur Verhinderung der Auswaschung bzw. Austrocknung dringend notwendig.

In der Wasser- und Schifffahrts-Direktion Hamburg, die für diesen Strombezirk zuständig ist, sah man zur Behebung dieser Schwierigkeiten nur die Möglichkeit des Baus einer Staustufe oberhalb Hamburgs. Mannigfaltige Anforderungen im Hinblick auf die Binnenschifffahrt, die Landeskultur und die Energiegewinnung mußten an diese Staustufe gestellt werden. Bei optimaler Kombination aller Momente zeigte sich, daß der günstigste Platz für die Errichtung dieser Staustufe bei Geesthacht lag. Hier ergeben sich für die Schifffahrt folgende Vorteile: Die Wasserstände im Hamburger Hafen erfahren keine Veränderung; bis zur Staustufe ist eine Vollschiffbarkeit des Stromes gewährleistet; ebenso ist die Vollschiffbarkeit der angestauten Stromstrecke bis Lauenburg einschließlich des Elb-Trave-Kanals und bis zum Hafen Alt-Garge für das 1000 t-Schiff gesichert; endlich widerspricht die Wahl von Geesthacht nicht einer etwaigen späteren Kanalisierung der Elbe weiter stromaufwärts bzw. einem eventuellen Anschluß des projektierten Nord-Süd-Kanals an den Elb-Trave-Kanal. Eine Einschränkung der Erosion auf das absolut unabänderliche Maß, eine Erhaltung der Vorflut in den Zuflüssen, das Verhindern weiteren Absinkens des Grundwasserspiegels unterhalb und eine Wiederanhebung des Grundwasserspiegels oberhalb der Staustufe können als landeskulturelle Ergebnisse des Projektes bezeichnet werden. Endlich ist auch die Energiegewinnung bei der Nähe Hamburgs mit dessen ständig steigenden Energieanforderungen von besonderer Wichtigkeit.

Es handelt sich also um ein Doppelpjekt, nämlich einmal um verbesserte Verkehrsmöglichkeiten für die Binnenschifffahrt und zum zweiten um die Gewinnung elektrischer Energie. Am 6. 12. 55 wurde in Anwesenheit des Bundesverkehrsministers Dr. Seehoß mit den Arbeiten begonnen. Es ist dies das größte Wasserbauprojekt Norddeutschlands, das mit einem

Kostenaufwand von rd. 155 Mill. DM in den nächsten fünf Jahren durchgeführt werden soll. Der Anteil der öffentlichen Hand beträgt etwa 90 Mill. DM, die restlichen 65 Mill. DM kommen von privaten Geldgebern. Davon entfallen etwa 35 Mill. DM auf ein Laufwasserkraftwerk am Wehr der Staustufe. Ein Pumpspeicherwerk in der Nähe von Geesthacht, das von den Hamburgischen Electricitäts-Werken allein finanziert wird, soll unter Ausnutzung billigen Nachtstroms Elbwasser in ein großes Speicherbecken pumpen.

Voraussetzung für den Betrieb des Pumpspeicherwerks ist aber die Errichtung der Staustufe, die erst die Entnahme der benötigten großen Wassermengen aus der Elbe ohne Beeinträchtigung der Schifffahrt ermöglicht. Dieses Kraftwerk soll mit einer Leistung von 105 000 kW bereits in zwei bis drei Jahren seine Arbeit aufnehmen. Später ist ein Ausbau seiner Leistung auf 210 000 kW vorgesehen, der Hamburgs Stromversorgung für die nächsten Jahrzehnte sichern könnte. — Die Staustufe selbst erhält in einem 5 m hohen Wehr vier Öffnungen von je 50 m Weite. Für den ersten Bauabschnitt der Staustufe sind rd. drei Jahre veranschlagt. Die Schifffahrt muß das Wehr durch einen fast 5 km langen Kanal umgehen. Zwei Schleusenammern, von denen aber zunächst nur der Ausbau der einen geplant ist, können selbst 1000 t-Kähne aufnehmen. Über das Wehr, das Kraftwerk und die Schleusen sollen endlich auch Straßenbrücken mit einer Tragfähigkeit von 30 t gebaut werden.

Abschließend muß festgestellt werden, daß alle Einzelbaupläne dieser ersten Elbstaustufe so gehalten sind, daß sie sich in eine zukünftige Kanalisierung des gesamten Elbe-Oberlaufes, der eine Vollschiffbarkeit für 1000 t-Schiffe bis in die Tschechoslowakei ermöglichen würde, durchaus einfügen könnten. Auch sind die ostzonalen Proteste gegen die Errichtung der Elbstaustufe wasserwirtschaftlich als unbegründet zu bezeichnen, da im Gegenteil gerade die Stauung bei Geesthacht auch die Vorflut der im Wirkungsbereich der Staustufe liegenden ostzonalen Elbzuflüsse Boize und Sude gewährleistet. Es bleibt daher zu hoffen, daß die politischen Widerstände, die einer Kanalisierung heute entgegenstehen, bald überwunden sein werden. (F. H.)